



Roter Brandenburger

Zeitung der DKP | Landesorganisation Brandenburg
Frieden und Freundschaft mit Russland und China!

1-2026

Internet: brandenburg.dkp.de

„Die herrschenden Ideen einer Zeit waren stets
nur die Ideen der herrschenden Klasse.“

Aus dem Manifest der Kommunistischen Partei



Schulstreiks

Mehr als 55.000 Schülerinnen und Schüler haben Anfang Dezember 2025 in über 80 Städten gegen das „Wehrdienstmodernisierungsgesetz“ gestreikt, das zeitgleich vom Bundestag verabschiedet wurde. Schülerinnen und Schüler bildeten Streikkomitees. Viele von ihnen haben in den Wochen davor die Demonstration vorbereitet, Reden geschrieben, Plakate gestaltet, Umfragen durchgeführt und Mitschüler mobilisiert. Die Initiative Schulstreik gegen Wehrpflicht begleitete die Streiks bundesweit. Der bundesweite Aktionstag zeigte, wie groß der Widerstand gegen das neue Wehrdienstgesetz ist.

Auch in Potsdam, Cottbus und weiteren Orten im Land Brandenburg waren mehrere Tausend Schülerinnen und Schüler, unterstützt von Lehrern, Eltern und Friedensaktivisten, auf der Straße. Maßgeblichen Anteil am Erfolg der

Schulstreiks hatte die Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ) im Bündnis mit anderen Jugendorganisationen.

Zu den Streiks hatte auch die DKP aufgerufen. An vielen Orten unterstützten Mitglieder der Partei die Demonstrationen. Viele weitere Organisationen hatten ihre Solidarität bekundet, etwa die Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) oder einzelne Gewerkschaftsgliederungen.

Widerstand trotz Repressionen

In mehreren Städten waren Teilnehmer der Streiks von teils massiver Repression betroffen. In Halberstadt wurden Schülerinnen und Schüler eines Gymnasiums von der Schulleitung eingeschlossen und ihrer Freiheit beraubt. Die Pause fände drinnen statt, beschied die Schulleitung. In Leipzig zog die Polizei zwei Schüler aus der Demons-

tration wegen eines Transparentes, auf dem Bundeskanzler Friedrich Merz aufgefordert wird, doch selbst zur Bundeswehr zu gehen. Das sei rechtswidrig, behaupteten die Beamten. Eine rechtliche Grundlage für ihr Vorgehen konnten sie nicht nennen. In Hamburg verbot die Polizei eine Zubringerdemonstration. Eine spontan angemeldete Demonstration untersagten die Staatsdiener ebenfalls. In Rostock verschoß die Versammlungsbehörde eine angemeldete Demonstration eigenhändig auf 13 Uhr, also nach Schulschluss.

Kriegsvorbereitung

Die Wiedereinführung der Wehrpflicht ist Teil der beschleunigten offenen Militarisierung unseres Landes und dient der Kriegsvorbereitung. Unter dem Vorwand, sich vor einem russischen Angriff schützen zu müssen, hat die Bundesregierung angekündigt, die größte konventionelle Armee Europas aufzubauen (Bundeskanzler Merz, CDU) und bis 2029 "kriegstüchtig." zu sein (Kriegsminister Pistorius, SPD). Dazu gehört auch die Wiedereinführung der Wehrpflicht. So will die Bundesregierung den Vormachtanspruch des deutschen Imperialismus in der EU und im Westen Europas sichern.

Wo sind die Milliarden?

Finanziert wird die Hochrüstung mit nach oben offenen Kriegskrediten, für die, einschließlich Zinsen, fast jeder zweite Euro des Staatshaushaltes ausgegeben wird. Geld, das an anderer Stelle fehlt: Bildung, Soziales, Gesundheit und Pflege, Umweltschutz.



Petition gegen
die Wehrpflicht,
Pflichtmusterung
und andere
Zwangsdienste!

openpetition.de/!neinzurwehrpflicht

--> Fortsetzung von Seite 1



Der Vereinigungsparteitag von KPD und SPD war von historischer Bedeutung. Nachdem die Mitglieder der KPD und der SPD bzw. ihre Delegierten bereits im März/April 1946 in den Grundorganisationen, Kreisen und Ländern sowie auf dem 15. Parteitag der KPD und dem 40. Parteitag der SPD über die Vereinigung und den Entwurf der "Grundsätze und Ziele der SED" beraten und Beschlüsse über die Vereinigung beider Parteien gefasst hatten, wurde der Vereinigungsparteitag zum Höhepunkt des Vereinigungsprozesses.

Am Parteitag nahmen 1.055 Delegierte (KPD: 507, SPD: 548) teil, davon 230 aus den westlichen Besatzungszonen. Die Delegierten aus der sowjetischen Besatzungszone vertraten etwa 1,3 Millionen Parteimitglieder der KPD und der SPD. Die grundlegenden Referate zu dem Thema "Die Einheitspartei und der Neuaufbau Deutschlands" hielten Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl.

Der Parteitag stimmte den Referaten zu, beschloss einstimmig die "Grundsätze und Ziele der SED" (Programm) und das "Manifest an das deutsche Volk". Das Parteistatut wurde bei 21 Gegenstimmen und 4 Enthaltungen angenommen. Höhepunkt des Parteitages war der einstimmige Beschluss über die Vereinigung von KPD und SPD zur SED. Als gleichberechtigte Vorsitzende wurden Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl gewählt.

Mit der Vereinigung wurde die grundlegende Lehre aus der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung gezogen: Die Arbeiterklasse kann ihre historische Mission nur erfüllen, wenn sie die vom Imperialismus und Opportunismus verursachte Spaltung ihrer Reihen beseitigt.

■ Aus Wörterbuch der Geschichte

Jugend als Kanonenfutter

Viele junge Menschen fragen zu Recht: Warum soll ich zum Kriegsdienst gezwungen werden? Angeblich geht es um eine Bedrohung aus Russland. Doch das ist Propaganda. Ein Kräftevergleich zwischen Russland und der NATO zeigt: Selbst ohne die USA sind die europäischen NATO-Staaten Russland in fast allen Bereichen überlegen. Selbst Geheimdienste von NATO-Staaten finden keine Hinweise darauf, dass Russland die NATO angreifen wolle. Es geht nicht um Verteidigung, sondern um Kriegsfähigkeit, die Deutschlands dritten Anlauf zur Weltmacht nach zwei Weltkriegen absichern soll.

Die Wehrpflicht dient dabei gleich zwei Zielen: Zum einen soll sie genügend Soldaten bereitstellen - als Kanonenfutter für das Führen eines großen Krieges. Zum anderen soll so die Formierung der Gesellschaft zum Krieg vorangetrieben werden. Der Dienst in der Armee soll normalisiert werden und so die Bundeswehr weiter "in die Mitte der Gesellschaft" gerückt werden. Gleichzeitig wird klargestellt: Wer nicht freiwillig bei Hochrüstung und Krieg mitmachen will, der wird gezwungen.

Argumente gegen die Wehrpflicht

Die Bundeswehr ist kein "normaler Arbeitgeber". Der Dienst an der Waffe dient den Interessen der deutschen Banken und Konzerne. Viele Jugendliche suchen ver-



geblich nach einem Ausbildungsplatz. Die Bundeswehr nutzt diese Situation und bietet "Berufs- und Karrierechancen" für den Dienst an der Waffe. Hier geht es nicht um die Persönlichkeitsentwicklung junger Menschen, sondern darum Arbeiterjugendliche als Kanonenfutter zu gewinnen. Mit der Wehrpflicht sollen Jugendliche in Kasernen zu Drill und Gehorsam erzogen und "kriegstüchtig" gemacht werden.

Was tun gegen die Wehrpflicht?

Aktiv werden: In über 30 Städten haben sich bereits "Nein-zur-Wehrpflicht"-Bündnisse gegründet. Jugendliche aus Gewerkschaften, Kirchen und Jugendorganisationen, wie SDAJ, Linksjugend, Jusos, Grüne Jugend - teils in Opposition zu ihren Parteien - diskutieren, wie die Wehrpflicht verhindert werden kann. Zudem steigen schon jetzt die Zahlen der Kriegsdienstverweigerer.

Die Proteste gegen die Wehrpflicht gehen weiter. Die Initiative Schulstreik gegen Wehrpflicht ruft zu einer zweiten Runde Schulstreiks am 5. März 2026 auf, auch im Land Brandenburg.

■ TS (UZ-, DKP- und SDAJ-Material)



*"Zu sagen, was ist,
bleibt die
revolutionärste Tat."
Rosa Luxemburg*

unsere zeit

Sozialistische Wochenzeitung

Zeitung der DKP

www.unsere-zeit.de | www.uzshop.de



JETZT 6 WOCHEN PROBELESEN!

Das Abo ist gratis und endet automatisch.

E-Mail: abo@unsere-zeit.de

Tel.: 0201 - 177889-23 Fax: -28

Vom Hitlerjungen zum Kommunisten

Über 100.000 Kindersoldaten sind in den letzten Jahren des Vernichtungskriegs des deutschen Faschismus sinnlos gestorben. Von der Hitlerjugend über den Volkssturm bis zum „dritten Aufgebot“ wurden Kinder für den faschistischen Wahnsinn des „Endsieg“ rekrutiert – viele davon mit voller Überzeugung. Armin Lufer aus Brandenburg überlebte den deutschen Faschismus als Hitlerjunge und Kindersoldat. Der heute 96-Jährige zog aus seinen Erlebnissen seine Lehren, die er noch bis ins hohe Alter an Schulklassen weitergibt. Wie er von der Schulbank in den Schützengraben kam und vom Hitlerjungen zum Kommunisten wurde, und welche Schlüsse auch für heute gezogen werden sollten, berichtet das DKP-Mitglied Armin Lufer im UZ-Interview (Auszüge, Interview: Chris Hüppmeier).

UZ: Armin, Du bist mit deinem Geburtsjahr 1929 quasi in den Hitler-Faschismus hineingeboren. Du bist in Breslau-Karlowitz zur Welt gekommen und aufgewachsen, dem heutigen polnischen Wrocław. Wie hast du deine Kindheit und Jugend unterm Hakenkreuz erlebt?

Armin Lufer: Mit zehn Jahren trat ich dem Deutschen Jungvolk bei, dem jüngeren Zweig der Hitlerjugend. Wir jungen Menschen wurden spielerisch, aber sehr zielgerichtet auf den Krieg vorbereitet – nach der Devise „schnell wie ein Wiesel, zäh wie Leder und hart wie Kruppstahl“. Wir Kinder empfanden das weniger als Pflicht, vielmehr als ein Spiel, eine scheinbar normale Jugend unter Gleichaltrigen. Diesem Ziel diente die gesamte ideologisch militärische sportliche Vorbereitung der Jugend. Bis 1938 war mein Alltag jedoch auch von einem selbstverständlichen Miteinander mit jüdischen Nachbarn geprägt. (...) So wurde ich letztlich ganz im Geist des faschistischen Systems erzogen, während gleichzeitig die Verfolgung der jüdischen Nachbarn vor meinen Augen geschah.

UZ: Das zu hinterfragen oder Zweifel daran zu hegen, war in der Hitlerjugend sicherlich auch nicht Programm?

Armin Lufer: Ganz und gar nicht: Die bedingungslose Befolgung von Befehlen wurde uns von klein auf eingeprägt. Mit Kriegsbeginn 1939 und dem Überfall auf die Sowjetunion zwei Jahre später sollte sich diese militärische Erziehung auch praktisch unter Beweis stellen. Wir Jugendlichen mussten uns ab dem 6. August 1944 als Angehörige der Hitlerjugend zum Bau einer Verteidigungsstellung an der deutsch-polnischen Grenze in Goschec bei Breslau melden. Als Teil des Einsatzkommandos "Unternehmen Barthold" war ich am Bau von Panzer- und Schützengräben beteiligt. Unser Kommando bestand ausschließlich aus 15-jährigen Schülern aus Breslau. (...) Mich schaudert es, wenn ich heute höre, dass wieder an der Grenze zwischen Polen und Russland ähnliche Stellungen von deutschen Soldaten errichtet werden – praktisch könnten sie auf die damaligen Pläne zurückgreifen. Ab September 1944 wurden wir nach Hitlers Erlass zur Gründung des „Volkssturms“ in diesen übernommen. Ich gehörte mit meinen Gleichaltrigen zum sogenannten dritten Aufgebot, das alle Männer zwischen 16 und 60 Jahren umfasste und uns damit formal zu Angehörigen der Wehrmacht machte. So wurde ich als 15-Jähriger zum Wehrmachtsangehörigen, wurde vereidigt und unterstand militärischer Führungsgewalt. Dieser Einsatz dauerte bis Dezember 1944. In den Tagen kurz vor Weihnachten wurden wir entlassen. (...) Zu dieser Zeit kam ich dann wie-



Das vollständige
Interview in der UZ
vom 13.02.2026



der zurück nach Breslau, wo meine Mutter schon mit einem Befehl der Wehrmacht auf mich wartete: Ich sollte mich als Angehöriger der Hitlerjugend im Stadion melden zur Verteidigung der „Festung Breslau“. (...)

UZ: Und nicht allzu lange danach endlich die erlösende Befreiung und der Sieg über den Hitler-Faschismus. Der Endsieg ist endgültig begraben – wie war das für dich?

Armin Lufer: Am 6. Mai erfolgte die bedingungslose Kapitulation der „Festung Breslau“. Es war ein herrlicher Sonntag, doch ich wusste nicht, was das bedeutete oder was nun kommen würde. Der „Endsieg“ war unerreichbar, die Waffen schwiegen – aber was sollte aus mir werden? (...) Über verschiedene Stationen landete ich dann im thüringischen Pößneck. Da eine Rückkehr nach Breslau unmöglich war, wurde Pößneck zu meinem Neuanfang. Dort erhielt ich Hilfe durch die „Thüringenaktion“, die übrigens etwas später zur heute bekannten „Volkssolidarität“ zusammengeführt wurde und in der ich bis heute Mitglied bin. Antifaschisten unterstützten mich mit Kleidung, Nahrung aus der Suppenküche und beruflichen Wegweisern. Mit ihrer Unterstützung wurde ich 1946 als ehemaliges Mitglied der Hitlerjugend in die KPD aufgenommen. Das war der Beginn meines neuen Lebens in der antifaschistisch-demokratischen Ordnung, aus der 1949 die DDR wurde. (...) Aus meinen Erlebnissen zog ich die Lehre, dass Krieg immer nur dem Volk schadet. Die eigentlichen Kriegsgewinner sitzen in Banken, Versicherungen und Monopolen. (...)

UZ: Heute – 35 Jahre nach der Annexion der DDR, deinem Heimatland, bereitet der Imperialismus erneut einen großen Krieg vor – wieder gen Osten. Blüten soll dafür die Jugend, wieder einmal, und bringt peu à peu die Wehrpflicht auf den Weg. Was rätst du den Schülern heute bei deinen Schulbesuchen?

Armin Lufer: Meine eigenen Erlebnisse führen mich zu der Überzeugung, dass Krieg in jeder Form ausgeschlossen werden muss. Meinungsverschiedenheiten, ob zwischen euch Schülern, in der Familie oder eben zwischen Völkern, lassen sich nur durch Gespräche klären – durch ein Miteinander auf allen Ebenen. Das bedeutet nicht nur Reden, sondern auch wirtschaftliche Zusammenarbeit, um Wohlstand für alle Völker zu sichern. Das sollte den Schülern in der Schule gelehrt werden! Wer diese Grundsätze ernst nimmt, kann nur einen Beruf wählen, der nichts mit Waffen zu tun hat. Denn Waffen sind zum Töten gemacht. Nicht umsonst wurden 1945 in den Nürnberger Prozessen auch Vertreter der Rüstungsindustrie als Kriegsverbrecher verurteilt, weil sie mit Waffen Geschäfte gemacht haben. Und das ist heute nicht anders. **Deshalb mein Rat an die Schüler: Wählt Berufe des Friedens, nicht der Waffe! Das Waffenhandwerk ist ein Handwerk, das darauf ausgelegt ist, andere Menschen zu töten und getötet zu werden – euer Leben ist dafür zu schade.**



Partei der Arbeiterklasse und anderer werktätiger Schichten

Vor unseren Augen führt eine handvoll von Superreichen, die Besitzer der Banken und Konzerne, einen Kampf gegen die übergroße Mehrheit der Lohnabhängigen und Erwerbslosen.

Für diesen Klassenkampf haben diese Superreichen einen Politikbetrieb, einen Staat inklusive Polizei und Militär und nicht zuletzt Medien, die ihre Profitinteressen durchsetzen und propagieren.

Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) bezieht in diesem Klassenkampf Position für die Lohnabhängigen und für ihre Interessen.

Kommunisten leisten Widerstand:

Gegen die Ausweitung des Niedriglohnbereichs und des „Bürgergeldes“; gegen eine weitere Absenkung der Renten und die Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge; gegen Aufrüstung und für Frieden mit China und Russland.

Wir sehen in der DDR die größte Errungenschaft der arbeitenden Bevölkerung in Deutschland und verteidigen ihr Erbe.

Uns eint in der DKP die Einsicht, dass die Interessen des arbeitenden Volkes nur dauerhaft gesichert werden können, wenn die Banken und Industriebetriebe dem Privatbesitz der Reichen entzogen und in Gemeineigentum überführt werden.

Die Reichen haben sich gut organisiert. Deshalb müssen sich die Lohnabhängigen besser organisieren: In den Betrieben, in ihren Stadtteilen und Gemeinden – in der DKP.

Mach mit!

**Den Roten
Brandenburger
per Mail beziehen
oder verteilen?**

*Einfach eine Mail schreiben an:
brandenburg@dkp.de*

Impressum und Kontakt

DKP-Landesorganisation Brandenburg

Carl-Reichstein-Straße 2

14770 Brandenburg/Havel

Mail: brandenburg@dkp.de

Internet: brandenburg.dkp.de

V.i.S.d.P.: W. Richter - c/o DKP Brandenburg -
Carl-Reichstein-Straße 2 - 14770 Brandenburg



Auf zum Elbe-Tag

**Friedensdemonstration am
25. April 2026 um 11:30 Uhr am
Brückenkopf Torgau**

Nie wieder Faschismus - nie wieder Krieg! Das war die Hoffnung der Soldaten der Roten Armee und der US-Armee beim Handschlag in Torgau. Das sehen wir als unseren Auftrag, wenn wir den 81. Jahrestag, wenn wir den "Tag der Begegnung" mit einer Demonstration begehen.



Für uns heißt das: Die Menschen in Deutschland brauchen Frieden und Freundschaft mit Russland und China. | Wir kämpfen gegen Hochrüstung, Waffenlieferungen und Wehrpflicht. | Wir kämpfen gegen Militarisation - Keine Bundeswehr an Schulen. | Wir sind für Frieden in der Ukraine, der die Sicherheitsinteressen aller berücksichtigt. | Wir sagen: Die NATO ist Kriegsverursacher, deshalb "Raus aus der NATO - NATO raus aus Deutschland". | Wir brauchen Abrüstung. Keine Atomwaffen - Stoppt die Stationierung neuer US-Mittelstreckenraketen, Atomwaffen raus aus Deutschland. | Solidarität mit dem palästinensischen Volk - Stoppt den Völkermord. | Wir wollen nicht weiter für die Kriegstüchtigkeit dieses Landes bezahlen, das Geld muss in Bildung, Soziales, Gesundheit und Infrastruktur investiert werden.

Auf nach Berlin-Karlshorst

**Kundgebung zum Tag der Befreiung am 8. Mai
2026 um 16:00 Uhr am Ort der Kapitulation**

"Von Deutschland darf nie wieder ein Krieg ausgehen." Das war das deutsche Versprechen im Zwei-plus-Vier-Vertrag an die Welt. Wir sind in höchstem Maße besorgt über das deutsche Rüstungsprogramm.

Die zunehmende Eskalation von Kriegen, verbunden mit dem Aufstieg des Faschismus, erfordert die Vereinigung aller fortschrittlichen, friedliebenden, antifaschistischen und antiimperialistischen Kräfte. **Wir rufen zur Teilnahme an der Kundgebung auf!**



Ich möchte:

- ☐ Den Roten Brandenburger zugeschickt bekommen, um ihn in meinem Umfeld zu verteilen.
- ☐ Kontakt zur nächsten DKP-Gruppe in meiner Nähe.

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Wohnort

E-Mailadresse

Bei Interesse Box ausfüllen, ausschneiden und in einem ausreichend frankierten Briefumschlag schicken an: DKP Brandenburg, Carl-Reichstein-Straße 2, 14770 Brandenburg – Oder E-Mail an: brandenburg@dkp.de

Ich möchte die DKP Brandenburg finanziell unterstützen.

Sparkasse Märkisch-Oderland, IBAN: DE86 1705 4040 3000 3558 20

